

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 10 (1984)
Heft: 5

Artikel: Grossangriff auf § 218-Liberalisierung : mit Geld soll der Verzicht auf Abtreibungen erkaufte werden
Autor: af
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-360140>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grossangriff auf § 218-Liberalisierung

Mit Geld soll der Verzicht auf Abtreibungen erkaufte werden:

af. Die Reform des Paragraphen 218, die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, war eine der wichtigsten Kampferfolge der Frauenbewegung in der BRD während der 70iger Jahre. Nun soll die vielzitierte "Wende" der CDU/CSU/FDP-Regierung auch beim Abtreibungsparagraphen wirksam werden.

Vor einem Jahr hat die Bonner Regierung das Mutterschaftsgeld um 350, das Kindergeld um 980 und den Kinderbetreuungsbetrag um 500 Millionen DM gekürzt. Dafür sollen jetzt grosszügig 25 Millionen DM lockergemacht werden, um den neusten Einfall von Familienminister Geissler, eine Stiftung "Mutter und Kind", zu finanzieren. Spezielle Aufgabe dieser Stiftung: Sie soll zwischen 2000 und 5000 DM an jene schwangeren Frauen abgeben, die sich trotz sozialer Notlage von einem Schwangerschaftsabbruch abbringen lassen! Mit dieser "Gebärprämie", so hofft Geissler, soll einerseits die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche reduziert, andererseits die ständige rückläufige Geburtenziffer gestoppt werden.

Diese reaktionäre Stiftung ist vor allem bei der Frauenbewegung, aber auch bei den "Pro-Familie"-Beratungsstellen und bei verschiedenen kirchlichen Organisationen auf äusserst heftige Kritik gestossen. Sie ist Teil einer vor allem in CDU- und CSU-Kreisen angelaufenen Grossoffensive gegen die Liberalisierung des Paragraphen 218. Bereits hat die CDU gegen den Widerstand ihrer weiblichen Abgeordneten einen Antrag im Bundestag gestellt, wonach Abtreibungen aus sozialer Notlage nicht mehr von den Krankenkasse bezahlt werden sollen. Parallel zu diesem gesetzgeberischen Weg ist ein Verfahren vor dem Verfassungsgericht hängig. Die Redaktorin einer katholischen Zeitschrift will damit erreichen, dass die Bezahlung der Schwangerschaftsabbruchskosten vom Gericht als "Beihilfe zum Mord" qualifiziert und verboten wird.

Die neue Kontroverse um die Abtreibung spielt sich auf dem Hintergrund einer teilweise gewandelten Einstellung in der bundesdeutschen Bevölkerung zum Thema Abtreibung ab. Neuere Umfragen haben ergeben, dass die Zahl jener gewachsen ist (von

36 auf 44 Prozent), die die Abtreibung ablehnen. Auch bei den Grünen gibt es eine starke Fraktion (auch von Frauen) die den Kampf um die Streichung des §218 nicht unterstützen will.

Bei alledem muss frau sich bewusst sein, dass — entgegen landläufiger Meinungen — die Abtreibungsreform der 70iger Jahre in der BRD nur eine beschränkte Liberalisierung gebracht hat. Die Regeln für einen legalen Abbruch sind immer noch ähnlich streng wie bei uns in der Schweiz. Zudem gibt es krasse regionale Unterschiede: Immer noch müssen Frauen aus konservativen Regionen nach Holland oder ins liberalere Hessen reisen. Das

wirkt sich vor allem auf die Preise aus. In der Regel gilt, dass die Kosten für eine Abtreibung um so höher sind, je restriktiver die tatsächliche Handhabung ist.

Als Mitte Mai die §218-Frage im Bundestag verhandelt wurde, waren sich alle weiblichen Abgeordneten einig. Sogar die CDU/CSU-Frauen lehnten eine Streichung der Krankenkassenzahlungen bei Abtreibungen ab. Erstmals sprengten die Interessen der Frauen sämtliche Fraktionsgrenzen!

Freiwilliger Frauendienst in der westdeutschen Bundeswehr:

Ersatz für Pillenknick

af. Die deutsche Bundesregierung will einen Militärdienst für Frauen nach dem Schweizer FHD-Vorbild einführen. Mitte der 80iger Jahre soll eine 15 000 Frauen starke Truppe aufgebaut werden, die ohne Waffe in den Bereichen Übermittlung und Verpflegung eingesetzt werden soll. Die Frauentruppe gilt als Massnahme, mit der die "Soll-Stärke" des Heeres trotz rückläufiger Rekrutenzahlen aufrechterhalten werden soll.

Das Thema Frauendienst ist schon unter SPD-Verteidigungsminister Apel diskutiert worden, weil der "Pillenknick" sich immer mehr auf die Rekrutenzahlen auszuwirken begann. Mann fürchtet um die Wehrkraft der Bundeswehr. Verteidigungsminister Manfred Wörner mochte nicht länger zuwarten und hat schon für das nächste Jahr die Möglichkeit in Aussicht gestellt, dass die ersten Frauen in die Bundeswehr aufgenommen würden. Natürlich ohne Waffen, denn nach dem deutschen Grundgesetz ist Frauen der Dienst mit der Waffe untersagt, ebenso wie der Befehl über bewaffnete Einsätze. Gleichzeitig soll der Wehrdienst der Männer um drei Monate auf anderthalb Jahre ausgedehnt werden.

Die Reaktionen waren in den eigenen Reihen, vor allem aber bei der Opposition und bei fast allen Frauen sehr negativ.

Die Sozialdemokraten sehen in dem Vorschlag für einen Frauenhilfsdienst eine Vorstufe zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Frauen, die sie ablehnen (Vergessen sind die Zeiten, wo aus den eigenen Reihen für den Frauendienst geworben wurde). Für die Grünen bedeutet der Frauendienst einen weiteren Schritt in Richtung Militarisierung der ganzen Gesellschaft, wobei den Frauen einmal mehr die Rolle einer "Reservearmee der Nation" zugeschoben werde. Eine Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion warf der Regierung in diesem Zusammenhang vor, sie würde die aktuelle Arbeitsplatznot der Frauen ausbeuten. Selbst die dem rechten Parteiflügel zugehörte Vizepräsidentin im Bundestag, Annemarie Renger, sprach von einer "Lückenbüsserrolle" für die Frauen unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung. Angesichts dieser breiten Abwehrfront beeilte sich Minister Wörner zu versichern, dass in dieser Frage noch nichts entschieden sei.